

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 66 848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Konrad Gilges MdB zu den Thesen des Kölner Soziologie-Professors Erwin K. Scheuch: Der "Klüngel"-Vorwurf soll die Elite-Idee schmackhaft machen.

Seite 1

Dr. Klaus Kübler MdB zum Ergebnis des Referendums in dem schwarzafrikanischen Land: Den Demokratisierungsprozeß im Kongo unterstützen.

Seite 3

Dokumentation

Abschied von Heinz Kühn - Willy Brandt hielt auf dem Staatsakt in Köln eine Trauerrede. Wortlaut

Seite 4

47. Jahrgang / 55

19. März 1992

Der "Klüngel"-Vorwurf soll die Elite-Idee schmackhaft machen

Zu den Thesen des Kölner Soziologie-Professors Erwin K. Scheuch

Von Konrad Gilges MdB

Die als "Soziologie des Klüngels" bekannt gewordene "Dokumentation" "Parteien und Politiker in der Bundesrepublik" des Kölner Soziologen Erwin K. Scheuch hat in den Medien für erhebliches Aufsehen gesorgt.

Scheuch wirft den Parteien Versagen bei der Rekrutierung kompetenten Führungspersonals vor. Dieser zentralen Anforderung - so Scheuch - können die Parteien deshalb nicht genügen, weil sie von Seilschaften korrupter Berufspolitiker beherrscht würden, die sich gegenseitig die Posten und Pfründe zuschöben. In einem Interview mit der "TAZ" sprach Scheuch in diesem Zusammenhang gar vom "Grundprinzip, nach dem die Mafia funktioniert".

Vor allem die von Scheuch präsentierte Sammlung von "Klüngel-Beispielen" aus dem Bereich der Kölner Lokalpolitik ist in der Publizistik ausführlich zitiert worden.

In der öffentlichen Diskussion jedoch völlig unberücksichtigt geblieben ist das eigentliche Ziel, das der Kölner Soziologe mit der Veröffentlichung seiner Schrift verfolgt: Scheuch nutzt die Medienwirksamkeit des "Klüngel"-Themas für die Verbreitung einer unsozialen, undemokratischen Ideologie im Sinne einer Oligarchie der Eliten ("Honoratioren") und eines rücksichtslosen Wirtschaftswachstums auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen!

Beispielhaft für diese elitäre Ideologie ist das von Scheuch propagierte Idealbild eines Politikers: Ein kleiner Kreis von Honoratioren aus den Führungsetagen der Wirtschaft ("Experten aus den Vereinigungen") übernimmt für eine begrenzte Zeit Verantwortung in der Politik. Hier soll sich deren Bezahlung auf reine "Aufwandsentschädigung" beschränken, jedenfalls nicht so hoch sein, daß das Amt "allein das hohe Verdienstes wegen angestrebt wird". Eigentlich sei "Politik ein Ehrenamt".

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with 100% recycled paper
Kreuzling-Paper



Die Zielrichtung dieser "honorigen" Politikauffassung ist eindeutig: Aktive Politik soll in einem kleinen Kreis von "Führungseliten" monopolisiert werden, der sich politisches Engagement (wirtschaftlich) leisten kann.

Den Kreis der "politikfähigen" Bürger grenzt Scheuch dann auch im Sinne seiner elitenfixierten, unsozialen Ideologie rigoros ein: So fordert er, Kandidaten für politische Ämter müssten "sich mindestens zehn Jahre in einem Beruf bewährt haben, der den Lebensunterhalt voll deckt". Damit diskriminiert Scheuch vorsätzlich junge oder arbeitslose Menschen und versucht, sie politisch mundtot zu machen. Auch (Haus)Frauen wären demnach nicht qualifiziert, politische Ämter zu besetzen. Dies entspricht dem überkommenen, frauenfeindlichen Gesellschaftsbild, dem Konservative wie Scheuch nachhängen.

Voraussetzung für die Übernahme politischer Verantwortung ist bei Scheuch vielmehr eine weitgehende finanzielle und berufliche Absicherung der Kandidaten, sodaß es ihnen möglich ist, für einige Jahre aus ihrem Beruf auszusteigen. (Und nach ihrer politischen Tätigkeit problemlos dorthin zurückzukehren!) Dem überwiegenden Teil der Arbeiter, Handwerker und Selbständigen, dem genau dieses jedoch meist nicht möglich ist, wird so der Zutritt zur Politik verwehrt! Beamten (und Journalisten) schließlich, die bisher noch am ehesten politische Ämter übernehmen können, ohne ihre berufliche Existenz zu gefährden, will Scheuch gar grundsätzlich verbieten (!), "Partei- und Wahlämter zu bekleiden".

Die hohe Zahl der Beamten in den Parlamenten mag tatsächlich problematisch sein, diesem Bevölkerungsteil aber das Recht an aktiver politischer Partizipation vollständig abzusprechen, beweist ein gefährliches Maß an unsozialer, undemokratischer Gesinnung.

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht soll also wieder Bedingung für politische Mitbestimmung werden! Diejenigen Bevölkerungsschichten, die nicht Professor Scheuchs elitären Idealvorstellungen von "Sachkompetenz" entsprechen, werden rücksichtslos diskriminiert und aus politischen Entscheidungsprozessen herausgedrängt!

Diese "sachkompetenten" Honoratioren sollen gewährleisten, daß sich die Politiker - so Scheuch - endlich wieder den "harten" Themen, das heißt den "Problemen der Wirtschaft" zuwenden.

"Verbesserungen in der Moral, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Menschlichkeit in der Gesellschaft" - mithin "weiche" Themen - sind für Scheuch allenfalls sekundäre Ziele der Politik und "materiellen Zielen" unterzuordnen.

Als "gutes Beispiel" für ein "weiches Thema" und "Verflüssigung der politischen Inhalte" nennt Scheuch die "Umweltdiskussion". Hier lohnt sich ein längeres Zitat:

"Inzwischen haben Dutzende von Themen eine umweltpolitische Bedeutung erhalten. In dem jedoch durchweg alle diese Komplexe als Konkretisierung einer allgemeinen Bedrohung vorgestellt werden, verselbständigt sich die Besorgnis gegenüber dem jeweiligen Anlaß. ... Aus dem Schutz der Umwelt dem Menschen zullebe wird der Schutz der Natur gegen die Interessen des Menschen."

Rücksichtsloses Wirtschaftswachstum auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen! Scheuch hat offensichtlich nichts begriffen!

(-/19. März 1992/rs/ks)

Den Demokratisierungsprozeß im Kongo unterstützen
Zum Ergebnis des Verfassungsreferendums in dem schwarzafrikanischen Land

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Die vorläufigen Ergebnisse des Verfassungsreferendums vom 15. März in der Republik Kongo liegen jetzt vor. Danach haben sich über 80 Prozent der Abstimmungsbeteiligten für die neue demokratische Verfassung ausgesprochen. Die Wahlbeteiligung lag bei 90 Prozent. Von den etwa 2,3 Millionen Kongolesen hatten sich über eine Million in die Wählerverzeichnisse eingetragen.

Die Abstimmung über die neue demokratische Verfassung verlief insgesamt friedlich. Es kam zu keinen größeren Unruhen. Die Wahlberechtigten verhielten sich bei ihrer Stimmabgabe diszipliniert.

Die neue Verfassung sieht ein Mehrparteiensystem, die Garantie von Menschen- und Bürgerrechten, die Einführung des Rechtsstaates und eine liberale Wirtschaftsform vor. Sie gibt dem Parlament, das aus zwei Kammern besteht, das Recht, den Ministerpräsidenten und die Regierung durch ein Mißtrauensvotum abzuwählen. Der Präsident der Republik ernennt den Ministerpräsidenten als Chef der Regierung. Die Bürger können über Volksbegehren und -entscheide in den politischen Prozeß eingreifen.

Das Ergebnis des Verfassungsreferendums zeigt, daß die politischen Veränderungen in der Republik Kongo, also der Prozeß der Demokratisierung, angenommen wird. Dies ist zu begrüßen und bedarf der weiteren Unterstützung.

In der Republik Kongo wurde der Demokratisierungsprozeß "von unten" betrieben. Präsident Denis Sassou-Nguesso, der die marxistische Volksrepublik seit 1979 mit diktatorischen Vollmachten regierte, war im Frühjahr 1991 von einer "Nationalkonferenz", die die Wende zu einem pluralistisch-demokratischen System beschloß, weitgehend entmachtet worden. Im Januar 1992 hatte Übergangspräsident Andre Milongo nach einer Militärrevolte sein Kabinett umgebildet und dabei Forderungen der Armee Rechnung getragen. Der Weg der "Demokratisierung von unten" durch Nationalkonferenz, Übergangsregierung und provisorischer Legislative vollzieht sich zur Zeit zum Beispiel auch in Benin, Mali, Togo oder Niger.

Das Verfassungsreferendum war nach der Einberufung einer Nationalkonferenz der erste Schritt der Ausführung der Beschlüsse der Nationalkonferenz auf dem Wege zur Demokratie. Als nächste Schritte folgen die Regional-, Kommunal- und Distriktwahlen am 29. März 1992, dann die Parlamentswahlen in zwei Wahlgängen am 26. April 1992 und 10. Mai 1992 sowie die Präsidentschaftswahlen ebenfalls in zwei Wahlgängen am 14. Juni 1992 und 28. Juni 1992. Es ist richtig, die Parlamentswahlen vor den Präsidentschaftswahlen durchzuführen. Die Senatswahlen werden voraussichtlich erst im Juli 1992 stattfinden.

In dem Kampf um die politische Mehrheit in der Republik Kongo stehen sich zwei große Gruppierungen gegenüber: zum einen die "Force de changement", eine Gruppe verschiedener Parteien, die auch den dem Übergangspräsident Milongo unterstützen, zum anderen die "Front pour la defense de la Democratie", der auch die frühere Einheitspartei von Staatschef Sassou-Nguesso angehört. Nach dem Aufruf einer Reihe von konservativen kleineren Parteien in dieser Gruppierung zum Wahlboykott bei dem Verfassungsreferendum sind diese Parteien auch aus dem Bündnis ausgetreten.

(-/19. März 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Willy Brandt: Abschied von Heinz Kühn

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hielten auf dem Staatsakt zum Abschied von Heinz Kühn am Donnerstag in der Kölner Philharmonie die Traueransprachen. Sie entsprachen damit dem Wunsch des ehemaligen NRW-Ministerpräsidenten, der am 12. März nach langer schwerer Krankheit - kurz nach Vollendung seines 80. Lebensjahres - verstorben war. Die Rede von Willy Brandt veröffentlichen wir im Wortlaut.

Die dankbare Erinnerung an Heinz Kühn wird fortleben - bei vielen und in vielem.

Johannes Rau hat uns nahegebracht, was sein Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten für dieses Land an Rhein und Ruhr, bis hin zur Weser - bedeutete - für dieses, frei nach Kühn, Land der Schlote, Universitäten und Dome. Ich will einiges über den sozialen - in dessen eigenem Verständnis zugleich: radikalen - Demokraten hinzufügen. Über den engagierten Europäer. Über den Weltbürger.

Das Verlangen nach Freiheit und Gerechtigkeit war es, das ihn hier in Köln in den Untergrund zwang und mit dem er aus Belgien zurückkehrte nach den nicht ganz einfachen Jahren des Exils. Geschichtsbewußtsein und eigene Erfahrung hatten ihn zu einem gemacht, für den Europa weder Flucht noch Ersatz bedeutete, sondern erweitertes geistiges Zuhause, mit guten Chancen einer Sicherheit vermittelnden Gemeinschaftlichkeit. Mitmenschliches Engagement und auch Neugier trieben ihn hinaus in fernere Länder und ließen ihn die Pflicht gegenüber den Verdammten dieser Erde erleben - und zum Entwicklungshelfer seiner eigenen Art werden - während zuhause noch Ahnungslosigkeit und Gleichgültigkeit das Feld beherrschten. Wir nehmen Abschied von einem in Rede und Schrift streitbaren Freund. Dem - in Düsseldorf und Bonn wie in Straßburg - gewissenhaften Ex-Abgeordneten. Dem sich selbst, nicht nur andere fordernden Staatsmann.

Für die Sozialdemokraten füge ich hinzu: uns ist bewußt, daß dem Verstorbenen manches Geschehen seiner späten Jahre fremd wurde. Doch wir wissen auch, daß er unserer politischen Gemeinschaft - in seinen eigenen Worten - "in Solidarität und Traue verbunden war" und sich in alter "Freundschaft ... geborgen fühlte". Dem Vorstand der deutschen Sozialdemokraten gehörte er ein gutes Vierteljahrhundert an, zwischen zwei Parteitagungen als stellvertretender Vorsitzender. In seiner Schuld stehe ich auch wegen der Umsicht, mit der er mir und anderen während unerwarteter Turbulenzen zur Seite stand.

Wer in jungen Jahren durch Verfolgung und Exil geprägt wurde - und man wird wissen, daß ich nicht von etwas Abstraktem spreche - der erwartete nicht, mit musikalisch unterlegten Lobreden in der Heimat begrüßt zu werden. Wir haben mit angepackt und im übrigen manches heruntergeschluckt. "Im Hause muß beginnen, was leuchten soll im Vaterland..." - dies zitierte Heinz Kühn in mehr als einer seiner eindrucksvollen Reden, wohlwissend, daß hier von Selbstverpflichtung die Rede war. Aber war das noch das Vaterland, in das er 1945 heimkehrte und das die braunen Reichsverderber erst im Übertragenen, dann im direkten Sinne des Wortes zugrunde gerichtet hatten? Und was war aus seiner Vaterstadt geworden, diesem völlig zerbombten Köln? Was war noch des Deutschen Vaterland? Er sagte mit Bedacht, daß er zurückhaltend umgehe mit diesem Begriff. Aber natürlich gehöre er dazu, vor allem zur Sprache. Und, im übrigen, so groß sei der Unterschied zwischen den Nationen auch wieder nicht - das habe ihn sein Lebensweg gelehrt.

An dieser Stelle würde er vielleicht unterbrochen und gesagt haben: Vergesst nicht all diejenigen Ungenannten, die sich unter hoffnungslos erscheinenden Bedingungen an den Aufbau machten. Nein, wir sollten sie ebensowenig vergessen wie diejenigen, die sich aufopferten. Doch sollten wir uns auch die Kümmerlichkeit bewußt machen, die sich hinter mancher Leute quälendem Verzagen an der Verwirklichung deutscher Einheit verbirgt.

Es sagt sich so leicht, dies sei ein erfülltes Leben gewesen. Ja, aber die erste Hälfte hat Heinz Kühn - und nicht er allein - überwiegend Entbehnungen ertragen müssen. Es war mehr noch als viel Mühe und Arbeit. In einem Mansardenverschlag begann das Nachkriegsleben für die Familie Kühn; es gab kaum Brot und keine Kohlen; hinter ausgebrannten Fensterhöhlen trafen sich die Überlebenden, die Gesinnungsfreunde. Auch seine Mutter hatte nur schwerlich überlebt; als Geisel für den entkommenen Sohn hatte man sie sogar in ein KZ gefepfercht.

"Den Staat menschlicher machen", unter dieser Losung ist Kühn - aller Bitternis zum Trotz - zum Aufbau und zur Bewährung angetreten. Bewähren mußte sich auch seine Partei mit denen, die dem Terror zu entrinnen vermochten. Um den neuen Auftrag mußten sie zu streiten fähig sein, untereinander und mit anderen. Und sie durften dem Zwang zur Zusammenarbeit - nicht nur zum Wettbewerb - in der Demokratie nicht ausweichen. Heinz Kühn hat dies früh verstanden, bei aller Begabung zur polemischen Pointe.

Er war, wie es der Zeit und der Lage entsprach, in der Jugend marxistischen Einflüssen (oder was man dafür hielt) ausgesetzt und hat später jene Anti-Marxisten verhöhnt, die nie eine der relevanten Schriften gelesen hatten. Selbst war er längst mehrere Schritte weiter: bei weltanschaulicher Offenheit und einem sich an Grundwerten orientierenden Handeln. Also gehörte er, wenngleich nicht ungestüm, zu den Reformern in seiner Partei. Also war er für Öffnung. Für die SPD als Volkspartei, die er als 'links' schon deshalb einstuft, weil, wie er sagte, auf der Mitte allein keine Demokratie stehen werde. Über seine Düsseldorfer Koalition Ende '66 und das, was sie für Bonn bedeutete, ist schon viel geschrieben worden, nicht nur Richtiges - einiges was für das Verhältnis der Parteien zueinander Bedeutung hat, wird immer wieder auf den Prüfstand kommen.

Wichtig ist mir hier und jetzt ein deutlicher Hinweis darauf, wie sich Heinz Kühn zum Thema "Aussöhnung" eingelassen hat. Er sagte - es ist lange her und war in der Fernsehreihe "Dialoge": Ein Volk müsse mit seiner Vergangenheit fertig werden. Kein Pardon für kriminelle Übeltäter. Doch für diejenigen, die als junge Menschen aus einem irregeleiteten Idealismus mitgemacht hatten, für die empfinde er "Verständnis, manchmal sogar Sympathie". Ich wünschte mir, Heinz Kühn hätte mit seinem Rat auch jetzt noch helfen können, wo durch neuen Übereifer - oder durch was immer - viele neue Ungerechtigkeiten produziert zu werden droht.

Als anständiger Demokrat hat er gelebt, so hat er gestritten, so hat er auch gelitten. Dieser Mann war gewiß nicht frei von Selbstzweifeln; seine Philosophie war eine des Skeptizismus, und darin bestärkte ihn das Wissen um die Welt.

Heinz Kühn kannte nicht wenig von dieser Welt. Die Ebert-Stiftung hat er lange mitgeführt. Und wie sich doch schicksalhaft manche Lebensbilder gleichen: Friedrich Ebert, unser erster Reichspräsident, war Sohn eines Schneiders - Heinz Kühn kam als Kind eines Tischlers zur Welt. Er war stolz darauf, an der Spitze der über Kontinente hinweg arbeitenden Stiftung mit Eberts Namen zu stehen, und die Träger der Stiftung wußten es zu schätzen, wie er diese Aufgabe in vielfältigen Varianten meisterte. Der Stiftung hat er vor allem den Weg nach Afrika bereitet. Dort festigte sich seine Überzeugung, daß ohne politische Bildung den jungen Staaten der schwierige Weg in die Demokratie nicht gelingen werde.

Schon früh erkannte er auch die Gefahren einer internationalen Völkerwanderung von bettelarmen in die reicheren Länder. Seine pessimistischen Prognosen wurden von der Wirklichkeit längst eingeholt. Er selbst hat, nachdem er die Stafette in Düsseldorf weitergegeben hatte, dem Gesamtstaat noch als Ausländer-Beauftragter der Bundesregierung wichtige Hinweise gegeben. Wo es um Menschenrechte ging, war er zur Stelle. Und er wird erwartet haben, daß wir ihm nachzueifern und die Lücke schließen. "Stets auf dem Weg, niemals am Ziel", das war Kühns Selbstbeschreibung. Die Worte kennzeichnen den sprudelnden Geist; die Worte lassen auch vermuten, daß er sich oft zuviel aufgeladen hat. Das hat er allerdings, jedenfalls was Europa angeht, nicht gelten lassen wollen. Von Bonn aus war er schon in die Beratende Versammlung des Europarats delegiert worden und war dort - wie in der WEU-Versammlung - zeitweilig Vorsitzender der Sozialdemokraten. Nach dem Ausscheiden in Düsseldorf war er während der folgenden fünf Jahre Abgeordneter im ersten direkt gewählten Parlament der Europäischen Gemeinschaft. Sein Europäertum war frei von Oberflächlichkeit. Und ich habe Grund anzunehmen, daß er uns heute und für morgen raten würde, erstens nicht in technokratische Atemnot zu geraten und zweitens - gerade, wo es um Europa geht - den parteiübergreifenden Dialog ernstzunehmen.

Wie käme ich nun dazu, nicht auch des Journalisten-Kollegen zu gedenken! Der gelehrte und dem Beruf verbunden gebliebene Skribent Heinz Kühn stand für die Freiheit derer, die schreiben, drucken, senden. Seine Vorstellung von Hörfunk und Fernsehen, die mehr sein sollen als beliebige Konsumartikel, wird - danke ich - neue Aktualität gewinnen. Ich will nichts schönfärben, aber Kühns Rolle im WDR und darüber hinaus sollte Nachahmung finden - gegen gelegentliche Cliquenwirtschaft, opportunistischen Niveaurutsch und zerstörerischen Vernichtungswettbewerb.

Die Sprache, unsere Sprache bedeutete ihm sehr viel. Schreiben hieß für ihn, sich im Wort befreien - reden, sich in der Sprache reinigen. Wie erschütternd, daß er durch Krankheit zuerst das verlor, was ihm selbst so am Herzen lag. Über Jahrzehnte hinweg hat er unsere gemeinsame Sache mit großer Hingabe vertreten, stets auf den Zinnen der Partei und doch nie als Propagandist mit plumpen PR-Manieren. Dafür war sich der Kölner Patriot und deutsche Europäer zu schade.

Liebe Marianne und lieber Hendrik Kühn! Unser Mitgefühl kann Eure Trauer kaum lindern. Doch wir stehen hier nicht mit leeren Händen! Heinz Kühn hat uns viel gegeben, und das kann uns niemand nehmen.

Vereint in dankbarer Erinnerung an einen bedeutenden Mann werden wir nahe beieinander bleiben. Denn wir leben nicht, frei nach Heinz Kühn, um über Finsternis zu klagen, sondern um immer wieder ein Licht anzuzünden - jenes der Solidarität und der Verantwortung, die wir füreinander tragen.

(-/19. März 1992/rs/ks)
